# Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2,70 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebs der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Unverlangte Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

## Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

## Amts-Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614

Insertionspreis Pfg. für die 6-gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit 6% Teuerungszuschlag. Zeitraub- und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 5-gespaltene Zeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. 30 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 6 Mk. / Für die Postausgabe Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtl. Zwangsvergleich 25% Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Nettopreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen versch. Inserenten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.


## Amtlicher Teil.

### Verteilung von Margarine.

Auf Anordnung des Ministeriums des Innern, Landesfettstelle, wird in den Städten Meißen, Nossen, Lommatzsch, Wilsdruff und Siebenlehn sowie in den Landgemeinden Coswig, Kötitz, Neucoswig und Weinböhla in der Woche vom 16. bis 22. Dezember 1918 anstelle von 50 Gramm Butter

**62½ Gramm Margarine**

verteilt.

Der Preis für das Pfund Margarine beträgt 2 Mark 40 Pfennige.
Die Art der Verteilung wird durch die Gemeindebehörde geregelt.

Meißen, am 13. Dezember 1918.

940 **Kommunalverband Meißen Stadt und Land.**

Geschäftszeit der unterzeichneten Behörden **vom 16. Dezember 1918** ab durchgehend **von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, Kassenschluß um 1 Uhr.**

942 **Bezirkssteuereinnahme und Bauverwalterei Meißen.**

# Verlängerung des Waffenstillstandes.

## Ehrenpforten und Straßenkämpfe.

*Hl.* Gerade als Berlin zum Empfange der heimkehrenden Truppen ein Festgewand anlegte, knatterte in der Chausseestraße ein Maschinengewehr und warf etwas mehr als dreißig Menschen aufs Pflaster. Am andern Tage schrie die Rote Fahne Zeter und Mord, schalt die Männer der Regierung „Verräter" und „Bluthunde" und kündigte die erste, die rechte Revolution an. Sie kam aber nicht; zwar zog Karl Liebknecht mit zweitausend oder dreitausend Mann durch die Stadt, und einige seiner beherzten Anhänger eroberten sogar zwei Maschinengewehre — die Truppen hatten von der Regierung Befehl, von den Waffen keinen Gebrauch zu machen, mußten sich also, wenn sie gehorchen wollten, die Maschinengewehre entreißen lassen. Solche Geschichten machen im Lande böses Blut. Überall hört man fragen: warum wird der Unfug der Spartakisten nicht unterdrückt? Gewöhnlich schließt sich an solche Fragen des Unwillens ein grimmer Fluch auf Berlin.

Was man so den „einfachen gesunden Menschenverstand" nennt, das muß gewiß so fragen und urteilen. Aber die Dinge liegen nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick scheint. Kaltblütige Ruhe ist in solchen Zeiten wie diesen immer eine Macht. Wenn auch alle Welt nach Gewalt und Energie ruft gegen den Spektakel einer kleinen Gruppe, so lehrt doch die geschichtliche Erfahrung, daß Märtyrer selbst dann gefährlich werden, wenn es gar keine richtigen Märtyrer sind. Die Christen haben das römische Reich überwunden durch das Heldentum des Leidens. Sie waren unzweifelhaft Revolutionäre gegen das Imperium, dessen Kaiser als ein Gott verehrt wurde. Sie wurden gemäß den Gesetzen des Staates verfolgt und hingerichtet. Aber ihr Blut wurde der Same der Kirche. Solche Fanatiker wie Karl Liebknecht und sein Anhang hat es zu revolutionären Zeiten immer gegeben. Je mehr Blut fließt, desto mehr greift der Fanatismus um sich. Deshalb und nur deshalb — um nicht Öl ins Feuer zu gießen — gibt die Regierung die Losung aus: Ruhig Blut! Toben lassen! Vielleicht toben sie sich aus!

Vielleicht! Es kann aber auch sein, daß Karl Liebknecht und seine Sekte dennoch einen Entscheidungskampf auf der Straße erzwingen. Dann wird mehr Blut fließen, als am Freitag in der Berliner Chausseestraße. Aber die Stellung der gegenwärtigen Regierung kann dadurch nicht erschüttert werden, um so weniger, als die Regierung ein Übermaß kühler Geduld beweist und das Blutvergießen von den Fanatikern um Liebknecht mit Gewalt herbeigeführt wird. Also: nur nicht nervös werden um eine Erscheinung, die in solchen Zeiten ganz „natürlich" ist! Man muß sich vielmehr wundern, daß so außerordentliche Ereignisse, wie wir sie erleben, nicht erheblich mehr „Unregelmäßigkeiten" hervorrufen, daß das wirtschaftliche und politische Leben so wenig Störungen zeigt. Wo Millionen zusammen wohnen und auch das Heer seinen Mittelpunkt hat, da sind Straßenkämpfe wieder in der Chausseestraße im Verhältnis nicht viel mehr als anderswo eine Keilerei auf der Kirchweih!

Mit größerer Sorge hat man der Heimkehr der Truppen überall entgegengesehen, weil im letzten Augenblick tolle Gerüchte umgingen von einer Verschwörung bei der Truppe, von gegenrevolutionären Bestrebungen einiger Generale und dergleichen. Auch das ist eine starke Übertreibung gewesen. Einige bei den Soldaten beliebte Offiziere haben ein bißchen gegen rote Bänder und Fahnen demonstriert, aber keiner von ihnen hat selbst die Fahne der Gegenrevolution herauszustecken gewagt. Einige übereifrige Anhänger der gegenwärtigen Regierung haben sich von „reaktionären" Wirrköpfen mißbrauchen lassen zu einem kecken Anschlag auf den Vollzugsausschuß der Soldatenräte und zur Proklamation Eberts zum Präsidenten der Republik. Auch das ist wie ein Sturm im Wasserglase vorübergegangen. Also: man soll nicht nach dem Geschrei, sondern nach der Wolle urteilen!

Am Montag kommen in Berlin aus dem Reich Vertreter aller Soldatenräte zusammen. Erst diese Versammlung wird der Soldatenmacht, die bis zur Nationalversammlung nun einmal das Fundament des Staates ist, Regel und Recht geben. Diese Versammlung ist also wirklich ein Ereignis der Revolution! An ihren Beschlüssen wird man sehen können, welche Macht die gegenwärtige Regierung hinter sich hat. Wenn die Versammlung beschließt, daß die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung beschleunigt, etwa schon Mitte Januar vorgenommen werden sollen, dann bedeutet das unendlich viel mehr als die kleinen Spektakeleien, Sektiererei und Putsche.

Der Präsident des früheren Reichstages will diesen zusammenrufen — gegen den Willen der Regierung. Herr Fehrenbach behauptet, nur wenn der Reichstag die Regierung ermächtige, werde die Entente mit ihr über den Frieden verhandeln. Die Regierung bestreitet das. Sicher werden im Auslande die revolutionären Vorgänge und besonders die in Berlin mißtrauisch angesehen, aber nicht bei allen. Die französischen Sozialisten und die englischen Arbeiter rücken von ihren Regierungen mit lautem Protest ab, weil diese das neue Deutschland militärisch, politisch und wirtschaftlich bedrängen. Der Gegensatz zwischen Wilson einerseits, Lloyd George und Clemenceau andererseits tritt immer schärfer hervor. Wir sind in schlimmer Lage, aber wir haben jetzt bei unseren Feinden mehr Freunde als je zuvor. Diese Freundschaften sind unsere einzige Hoffnung. Alles was sie verstärkt, muß geschehen; was sie erschüttert, muß unterbleiben. Bis jetzt ist nicht zu erkennen, daß eine Mitwirkung des alten Reichstages die Autorität der Regierung bei den Friedensverhandlungen verstärken würde, wohl aber geschähe das durch ein Votum der neuen Nationalversammlung!

## Der Untergang der Industrie.

Warnungen von Krupp und Siemens.

**Berlin**, 13. Dezember.

Die stetigen Lohnsteigerungen bedeuten nach einer Erklärung des bekannten Großindustriellen v. Siemens, des Mitbesitzers an den Siemens-Schuckert-Werken, die Unmöglichkeit, im Auslande konkurrieren zu können, und damit das Ende der Industrie sowie die Brotlosigkeit der Arbeiter. Die bei dem augenblicklichen Streik der Siemenswerke gestellten Mehrforderungen betrugen jährlich 120 Millionen Mark, wogegen der den Aktionären zugeflossene Jahresbetrag sich auf nur 13½ Millionen belaufe. Auch Krupp in Essen weist darauf hin, daß, wenn die Firma auch weiterhin wie augenblicklich 2 Millionen Mark an Löhnen zahlen müsse, ihr Kapital in Bälde aufgezehrt sein würde. Zudem rechnet Krupp auch noch mit einer Besetzung seines Werks durch die Entente und muß zu großen Arbeiterentlassungen schreiten, da in Zukunft voraussichtlich bloß noch 20 000 Arbeiter beschäftigt werden könnten.

## Früherlegung der Wahlen im Reich.

Beginn der Vorarbeiten.

**Berlin**, 13. Dezember.

**Wie der Vorwärts erklärt, wird infolge der allgemeinen Lage und einem stürmisch geäußerten Wunsche der Bevölkerung vermutlich die Wahl der Nationalversammlung zu einem früheren als dem ursprünglich angenommenen Termin stattfinden. Die Behörden haben bereits begonnen, sich mit dieser Möglichkeit vertraut zu machen und ihre Arbeit darauf einzustellen.**

Wie sich die Spartakusleute nach wie vor zur Nationalversammlung stellen, ersieht man daraus wieder, daß eine vom Berliner Magistrat einberufene Versammlung der Hilfsbeamten, die sich mit den technischen Vorarbeiten zur Aufstellung der Wählerlisten für die Nationalversammlung beschäftigen sollte, von den Spartakisten auseinandergejagt worden ist.

•

**England unter allen Umständen gegen ASR.**

Die Meldung, daß englische Offiziere in Wilhelmshaven mit den ASR verhandelt hätten, wird von zuständiger Stelle als nicht zutreffend bezeichnet. Die Engländer lehnen vielmehr jede Berührung mit den ASR strikte ab. Besonders interessant in dieser Beziehung sind Berichte, die aus England von den deutschen Matrosen kommen, die auf den ausgelieferten Kriegsschiffen gewesen sind. In allen diesen Briefen wird versichert, daß die Engländer sich vor allen Dingen gegen die roten Abzeichen wenden. Auf das Tragen solcher Abzeichen haben die englischen Marinebehörden standrechtliche Erschießung gesetzt.

## Für und wider den Reichstag.

Drohender neuer innerer Konflikt.

*dl.* **Berlin**, 13. Dezember.

In einer Mitteilung an die Reichstagsabgeordneten erklärt Präsident Fehrenbach, daß die Nachrichten — aus dem Lager der Feinde darauf hindeuten, daß diese der jetzigen Reichsleitung die Verhandlungsfähigkeit absprechen, daß sie jedoch die gesetzgebenden Organe des alten Reichs, Bundesrat und Reichstag, als berechtigt anerkennen zur Schaffung einer legitimen Regierung und zur Beschlußfassung über die Wahl zur Nationalversammlung. Der Präsident schließt:

**Die Not der Zeit verbietet weiteres Zuwarten und verpflichtet mich, auch ohne Zustimmung der Regierung, von der in der Sitzung vom 26. Oktober d. Js. erhaltenen Ermächtigung zur Berufung des Reichstages Gebrauch zu machen. Ich berufe deshalb hiermit den Reichstag, behalte mir aber die Bestimmung von Ort und Zeit der Tagung noch vor. Die Herren Kollegen bitte ich, sich zur Abreise bereit zu halten und zur demnächst anzuberaumenden Sitzung vollzählig zu erscheinen.**

Die Reichsregierung, der die Mitteilung ebenfalls zugegangen ist, verharrt auf ihrem ablehnenden Standpunkt und macht den Präsidenten für alle etwaigen Folgen seines Schrittes verantwortlich.

*

**Neue Erklärung Fehrenbachs bevorstehend.**

Berlin, 13. Dezember.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird Reichstagspräsident Fehrenbach eine neue Erklärung gegenüber der Stellungnahme der Regierung veröffentlichen. Alle bürgerlichen Parteien stehen hinter Fehrenbach und sind für die Einberufung des Reichstages nach Berlin, falls die Regierung genügende militärische Sicherheitsmaßnahmen für den Reichstag zubilligen würde.

Der Vorwärts beschäftigt sich in seiner Freitagabendnummer ausführlich mit dem Vorschlag zur Einberufung des Reichstags und schreibt u. a.:

Wir sind heute ein geschlagenes Volk, und wenn uns die Entente wirklich zwingen würde, den gewesenen Reichstag zum Leben zu erwecken, so wäre das noch immer nicht das schlimmste, was uns passieren könnte. Die Entente kann und wird keinesfalls verhindern, daß sich das deutsche Volk alsdemnächst eine neue Vertretung bestellt, und wenn das deutsche Volk heute in seiner Mehrheit zur Sozialdemokratie steht, dann wird es auch eine sozialdemokratische Volksvertretung haben. Wir können also dieser Entscheidung unserer Besieger ohne Nervosität und ohne Furcht, die Errungenschaften der Revolution könnten durch sie verlorengehen, entgegensehen. Die deutschen Politiker aber, die unter Berufung auf die Entente die Einberufung des Reichstags erzwingen wollen, lassen jede Spur von politischer Überlegung und von jener nationalen Würde vermissen, die auch einem besiegten Volk und diesem erst recht zusteht . . . Das soll ihnen nicht vergessen werden, wenn es zur Wahl der Nationalversammlung geht.

Herr Fehrenbach vom Zentrum wird sich nicht von der Anklage reinigen können, daß er und seine bürgerlichen Hintermänner einen Akt nationaler Entwürdigung begangen, die Entente indirekt zur Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten aufgefordert zu haben. Dafür wird ihm und seinem Gefolge das Volk die Quittung ausstellen.

**Was die Presse sagt.**

Die Berufung des Reichstages durch den Präsidenten Fehrenbach findet in der gesamten Presse ein lebhaftes Echo. Man ist sich so ziemlich darin einig, daß der Zusammentritt des Reichstages zu besseren inneren Konflikten

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF